

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

An die Deutschschweizer Medien



Pressedienst Nr.3
4. Mai 1993

Sehr geehrte Damen und Herren

Entgegen aller Behauptungen der Initianten bleiben wir dabei: Die beiden Initiativen, über die wir am 6. Juni 1993 abstimmen werden, bezwecken eine Abschaffung der Armee in Raten. Oder zeigen die Initianten etwa Alternativen zur bewaffneten Landesverteidigung auf? Sie tun es nicht, sondern wollen ein Flugwaffen-Moratorium und ein sinn-loses Festhalten am status quo bei den Waffenplätzen.

Wir bitten Sie, in ihrem Medium aufzuzeigen, dass der Ersatz alter Flugzeuge oder - noch grundsätzlicher - eine bewaffnete Landesverteidigung im heutigen Umfeld kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit ist.

Wiederum können wir Ihnen eine Reihe von Beiträgen zur freien Verwendung zur Verfügung stellen:

1. **Nährstand und Wehrstand gehören zusammen**
Von CVP-Nationalrat Jakob Bürgi, Schindellegi (SZ)
2. **Kosten tragbar und verantwortbar**
Von FDP-Ständerat Dr. Willy Loretan, Zofingen (AG)
3. **Gefährdung der Selbstbehauptung**
Von Divisionär z.D. Dr. Gustav Däniker
4. **Sicherheitspolitik im Wertewandel**
Von Dr. Karl W. Haltiner, ETH Zürich
5. **Ein faktisches Bauverbot für die Armee?**
Von FDP-Grossrat Dr. Daniel Heller, Aarau

6. **Hat da einer tatsächlich "Raketen" gesagt?**
Von Myrta Welti, wissenschaftl. Mitarbeiterin SVP
7. **Auch für Schweizer Industrie interessant**
Von Matthias Stadelmann, Bern
8. **Graphik: Konflikte in und um Europa**
9. **Kurzinformation / Argumentarium**
Dokumentation
10. **Inhaltsverzeichnis der bisher erschienen Artikel**

Im voraus danke ich Ihnen für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für Ihre Mitarbeit bei der Informationsvermittlung.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss des
"Schweizerischen Aktionskomitees
gegen eine Schweiz ohne Schutz:
2 x Nein am 6. Juni 1993":

Anna-Marie Kappeler

Beilagen erwähnt

"Schweizerisches Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993"

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 3
4. Mai 1993

Nein zu den beiden armeefeindlichen Volksinitiativen vom 6. Juni 1993:

Nährstand und Wehrstand gehören zusammen

von CVP-Nationalrat Jakob Bürgi, Schindellegi (SZ)

Ein junger Bauer sagt mir: "Wenn der Milchpreis zurückgeht, brauchen wir auch keine neuen Flugzeuge". Dieser Vergleich ist denn doch zu einfach. Würden alle so denken, würde der Rentner keine neuen Flugzeuge ohne gleichzeitige AHV-Verbesserungen wollen, und der Konsument könnte sagen, dass er die Flugzeugbeschaffung ablehnt, wenn nicht auch das Fleisch billiger wird.

Unsere Militärpiloten fliegen heute 30jährige Flugzeuge, also um zwei Generationen ältere Kampffjets als ihre Kollegen in den Nachbarstaaten. Wer fühlt sich wohl in einem Betrieb, in dem mit Maschinen von vorgestern gearbeitet wird? Wenn ein Bauer nach 30 Jahren seinen Traktor ersetzen muss oder eine neue Maschine braucht, wird er sicher ein zuverlässiges Modell auswählen, obwohl er mit einem Traktor auf dem Boden bleibt und nicht in die Luft muss. Umso verständlicher ist der Wunsch unserer Piloten: sie wollen ein Flugzeug, das technisch einwandfrei ist. Denn abstürzen tut man nur einmal.

Wenn man die Teuerung aufrechnet, ist der F/A-18 billiger als damals die Mirage. Er ist auf unsere Bedürfnisse ausgerichtet, ist die beste Maschine in der geprüften Mittelklasse und weist ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis auf. Zudem ist es ein von den Amerikanern im Einsatz getesteter Flugzeug. Es lässt sich nicht wegdiskutieren, dass die Amerikaner in der Flugzeugtechnologie den Europäern um Jahre voraus sind. Die USA hatten und haben alle Möglichkeiten, Flugzeuge auf ihre Einsatzfähigkeit zu überprüfen.

Braucht die Schweiz überhaupt Kampfflugzeuge?

Was soll uns denn passieren? Vor zwei Jahren noch dachte man das in Jugoslawien auch. Was aber nützen einem jugoslawischen Bauern Direktzahlungen, wenn sein Hof in Schutt und Asche liegt? Was nützt dem Rentner seine AHV, wenn er in seiner

bombardierten Wohnung nichts mehr zu essen hat? Im Krieg ist Geld plötzlich wertlos. Dagegen schützt uns nur eine modern ausgerüstete Milizarmee. Wir können sie verkleinern, wir dürfen ihr aber nicht den Luftschirm wegnehmen.

Mit dem EWR-Nein haben wir ja gesagt zu einer eigenständigen Schweiz. Kein EG-Staat wird die Verteidigung unseres Landes übernehmen. Darum werden wir in den nächsten 20 Jahren auf eine glaubwürdige Armee angewiesen sein. Unsere Armee ist eines der Standbeine, die unserem Kleinstaat Sicherheit geben. Wir brauchen wirtschaftliche Sicherheit, soziale Sicherheit und, wenn wir an Jugoslawien denken, eine militärische Sicherheit. Wenn wir ein Bein abmontieren, fällt das ganze Gefüge zusammen.

Die Luftverteidigung unseres Landes bildet das Dach unserer Armee. Ohne eine solide Luftverteidigung mit modernen Flugzeugen sind unsere Bodentruppen samt und trotz ihres vortrefflichen Materials den feindlichen Flugzeugen schutzlos ausgeliefert. Mit 30jährigen Fliegern können wir diese Luftsicherheit nicht mehr gewährleisten. Als Infanteriekanonier muss ich meinen Posten schnell aufgeben, wenn nur noch feindliche Flugzeuge den Luftraum beherrschen. Der Irak-Krieg hat bewiesen, wie wertlos eine Landarmee ohne modern ausgerüstete Flugzeuge ist.

Keine Armeeabschaffung in Raten!

"Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)" hat richtig erkannt: am schnellsten ist die Armee abgeschafft, wenn man ihr das Dach wegnimmt. Man verbietet ganz einfach, den Luftraum in den nächsten 10 Jahren wirksam zu schützen. Man verhindert den Ausbau und die Modernisierung der Ausbildungsplätze für unsere Soldaten, dann ist die Armee tatsächlich schnell erledigt.

In einer Rezession, in der es dem Bauern, dem Arbeiter und dem Gewerbler schlechter geht, sind Unzufriedenheit und Unmutsäusserungen verständliche Reaktionen. Mit der Teilabschaffung der Armee helfen wir aber niemandem zu einem neuen Arbeitsplatz oder zu einem besseren Einkommen. Ganz im Gegenteil.

Wehrstand und Nährstand gehören in der Schweiz zusammen. Wenn der eine abgeschafft ist, braucht es den anderen auch nicht mehr. Daran muss vor allem auch die Landwirtschaft denken. Die Armee gibt uns Sicherheit und Arbeit. Deshalb sind wir gut beraten, die beiden armeefeindlichen Initiativen in der Volksabstimmung vom 6. Juni deutlich abzulehnen.

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 3
4. Mai 1993

Kosten tragbar und verantwortbar

Finanzielle und wirtschaftliche Aspekte der Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative

Von FDP-Ständerat Dr. Willy Loretan, Zofingen (AG)

Die 34 neuen Kampfflugzeuge F/A-18 kosten 3,495 Milliarden Franken. Dieser Betrag mag, isoliert betrachtet, hoch erscheinen. Genauer besehen sind die Beschaffungskosten tragbar und verantwortbar.

- Bei den 3,5 Milliarden Franken handelt es sich um einen Verpflichtungskredit. Die Zahlungen verteilen sich über mindestens sieben Budgetjahre. Der Beschaffungsaufwand, bezogen auf ein Nutzungsjahr beträgt bei einer Einsatzdauer von 30 Jahren lediglich rund 120 Millionen Franken. Die gesamten Beschaffungs-, Betriebs- und Unterhaltskosten belasten das Bundesbudget durchschnittlich mit weniger als 0,5 % jährlich. Dies sollte auch für einen um den Zustand unserer Bundesfinanzen besorgten Bürger akzeptabel sein: Eine Versicherungsprämie von knapp Fr. 25.-- pro Einwohner und Jahr; können wir uns das wirklich nicht leisten?
- Die Bundeskasse wird nicht zusätzlich belastet, und das EMD kann zusammen mit der Armee die von Bundesrat und Parlament geforderte "Friedensdividende" trotzdem erbringen. Die Beschaffung oder Nichtbeschaffung des neuen Kampfflugzeuges hat keinen Einfluss auf Steuern (sie werden vom Volk ohnehin separat an der Urne beschlossen), auf Sozialwerke wie AHV, Krankenversicherung usw.
- Sollten wegen der Annahme der Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative die beinahe 3,5 Milliarden Franken nicht für die vom Parlament rechtsgültig beschlossene Flugzeugbeschaffung verwendet werden können und träte der sicherheitspolitisch, aussenpolitisch und wirtschaftlich unverantwortliche Beschaffungsstopp bis ins nächste Jahrtausend in Kraft, so müsste der Betrag im Rahmen der bereits deutlich abgespeckten Finanzplanung für suboptimale Anschaffungen von Waffen und Geräten eingesetzt werden. Es gäbe keinen Transfer dieses Betrages auf andere Departemente! - Die nüchtern rechnenden Schweizerinnen und Schweizer werden sich wohl überlegen, was die völlige Neuschöpfung einer eigenen Flugwaffe nach dem Jahr 2000 kosten würde!

- Es darf daran erinnert werden, dass das EMD das einzige Departement ist, das bislang einen namhaften Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen erbracht hat. Die Rüstungsausgaben liegen heute unter dem Niveau von 1990. Bis 1996 werden die Militärkredite nahezu 15 %, die Rüstungskredite allein gar um 25 % an Kaufkraft eingebüsst haben. Gemessen am Bruttosozialprodukt weist die Schweiz mit 1,5 % Militärausgaben im Vergleich zu den anderen Staaten Europas (mit Ausnahme Oesterreichs) den geringsten Wert aus. Andere Länder, vor allem auch neutrale wie Finnland und Schweden, investieren zur Zeit bedeutend mehr Mittel in die Modernisierung ihrer Luftverteidigung, als wir dies zu tun beabsichtigen.
- Sodann darf unter dem Aspekt Kosten-Nutzen daran erinnert werden, dass nach dem Abbau der 130 völlig veralteten Hunter-Flugzeuge die Anzahl der militärischen Flugbewegungen um einen Fünftel sinkt und damit auch die Belastung der Luft und der Fluglärm reduziert werden.
- In der heutigen, wirtschaftlich schwierigen Zeit darf und muss schliesslich die Beteiligung der Schweizer Industrie in die Waagschale gelegt werden. Nebst einem direkten Auftragsvolumen von rund 330 Millionen Franken werden ihr zusätzliche Ausgleichsgeschäfte im Umfang von über 2 Milliarden Franken zufließen, mit einer Auslastung von Tausenden von Arbeitsplätzen über rund zehn Jahre - gewiss kein Pappenstiel!

"Schweizerisches Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993"

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 3
4. Mai 1993

Armeefeindliche Initiativen gefährden Selbstbehauptung

Von Divisionär z.D. Dr. Gustav Däniker

Die Armeegegner haben mit ihren einfachen Parolen "Stopp dem F/A-18" und "Umweltschutz auch beim Militär" weitherum von ihren eigentlichen Zielen abgelenkt und einen Teil unseres Volkes beeindruckt. Die Pferdefüsse ihrer Initiativen, über die wir am 6. Juni abstimmen, sind aber offensichtlich. Es geht um eine massive Schwächung unserer Armee, als ersten Schritt zur Abschaffung in Raten, nachdem der erste Radikalversuch 1989 gescheitert ist. Diesmal darf es aber keine "Denkzettelstrategie" dem EMD gegenüber mehr geben. Sie könnte leicht ins Auge gehen.

Die folgenden drei Thesen sollen dies belegen:

1. Die strategische Weltlage hat sich wiederum verdüstert. Sie könnte sich mittelfristig massiv verschlechtern.
2. Die Anforderungen an die Armee sind vielfältiger als früher; eine moderne Flugwaffe und eine solide Ausbildung sind unabdingbare Voraussetzung für ihre Bewältigung.
3. Die Armeegegner schätzen die verfassungsmässige Selbstbehauptung und den Schutz der Schweiz gering. Ihre Initiativen zielen darauf ab "die Armee ins Herz zu treffen. Jede andere Behauptung ist Demagogie" (Frank A. Meyer). Sie zielen damit auch auf das Herz der Schweiz.

Ungewissheit und Unsicherheit sind die Zeichen der Zeit

Zur ersten These: Der Zusammenbruch des Warschaupaktes und der Sowjetunion führte zu einem Aufatmen. Die Reduktion der Atom- und der nuklearen Waffen stärkte die Hoffnung auf eine bleibende Trendwende.

Der "Bericht 90" des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz widerspiegelt diese Hoffnung. Es gibt in diesem Bericht aber auch ein pessimistisches Szenario.

Leider ist diese pessimistische Sicht die realistischere. Während der Konfrontation der Supermächte herrschte eine gewisse Stabilität. Nach ihrem Wegfall brachen an vielen Orten Nationalitätenkonflikte, ethnische Reibereien und Befreiungskämpfe aus. Krieg und offene Gewalt beschränken sich nicht mehr auf ferne Weltgegenden, sie spielen sich vor unserer Haustür ab. Nach wie vor existieren in Europa riesige Waffenarsenale. Mit der Schweiz hat dies insofern zu tun, als wir eine grenzüberschreitende Eskalation solcher Konflikte nicht völlig ausschliessen können. Wir wissen auch nicht, welche Art von Ordnungsproblemen die vorhersehbaren grossen Migrationsschübe von Osten und Süden für Europa schaffen werden. Liegt hier nicht ein Widerspruch? Keiner von uns weiss, wie sich unsere Wirtschaft entwickeln wird, wieviel Arbeitsplätze noch verloren gehen, und ob er in einigen Jahren noch gesund sein wird. Aber viele scheinen felsenfest zu wissen, dass die Schweiz von aussen her niemals mehr bedroht sein wird! Sind sie glaubwürdig?

Notwendigkeit einer starken Armee liegt auf der Hand

These 2: Eine starke Armee ist nach wie vor notwendig. Schon aufgrund des Zweckartikels in der Verfassung braucht die Schweiz wie jeder andere souveräne Staat ein Machtinstrument. Und dies unabhängig von der momentanen Bedrohung.

Aber nur die Schweiz leistet sich den absurden Luxus, alle paar Jahre wieder die Notwendigkeit einer tauglichen Armee in Frage zu stellen. Heute will man sie indirekt treffen, indem man eines ihrer wichtigsten Elemente, die Flugwaffe, lahmlegt und indem man ihre kriegsgenügende Ausbildung behindert. Weitere armeefeindliche Initiativen sind bereits eingereicht oder geplant.

Die schweizerische Armee ist in all ihren Funktionen auf moderne Kampfflugzeuge, auf einen Luftschirm, angewiesen. Nur dann wirkt die Schweiz auch im Ausland glaubwürdig und wird respektiert. Wir können aus einer komfortablen Position abwarten, in welcher Richtung sich die strategische Lage weiterentwickelt.

Man schlägt die Armee und meint die Schweiz

These 3: Zur Abstimmung stehen am 6. Juni 1993 zwei wichtige Vorlagen. Aber weil sich die meisten Bürgerinnen und Bürger vor allem über die Kosten des neuen Flugzeuges ereifern und den Umweltschutz bei der Armee über ihre Ausbildungsnotwendigkeiten stellen, ohne die Auswirkungen dieser Entscheide mit ihrer persönlichen Sicherheit und der Sicherheit der Schweiz in Zusammenhang zu bringen, ist es auch nötig, auf die langfristigen Ziele der Armeegegner hinzuweisen.

Die GSoA und viele ihrer Mitstreiter kommen aus der geistigen Welt des Sozialismus. Sie hängen heute radikaldemokratischen und radikalpazifistischen Vorstellungen nach, die Lichtjahre von jeder Realpolitik entfernt sind. Das Endziel ihres verschwommenen

Internationalismus ist, ganz Europa wehrlos zu machen. Die Schweiz dient ihnen als erstes Versuchskaninchen.

Im Gegensatz zu ihren Utopien ergreifen die Armeegegner jede konkrete Gelegenheit, um ihren Zwischenzielen näherzukommen. Sie versuchen aber gezielt, von ihrem Endziel abzulenken.

Warum geben die Armeegegner eigentlich den bosnischen Verteidigern nicht denselben Rat wie der Schweiz, auf jeden Widerstand zu verzichten, und sich vertreiben oder vergewaltigen zu lassen? Es geht eben doch um das Endziel: Wollen wir auch in Zukunft eine Schweiz, die Respekt genießt und sich im Notfalle selbst verteidigen kann, oder wollen wir eine Schweiz, die zum internationalen Gespött wird, weil sie Utopien nachhängt und weil ihr alle Anstrengungen für ihre Selbstbehauptung zu teuer geworden sind? Oder haben wir bereits eine Schweiz, deren Bürgerinnen und Bürger nur noch auf ihr momentanes persönliches Wohlbefinden schauen? Und entspricht dies wirklich auch dem Willen unserer jungen Generation? Wir können es nicht glauben.

Wir sollten vielmehr alle an der historischen Wahrheit festhalten, dass wahre Friedenssicherung nicht zuletzt auch die Fähigkeit verlangt, der Gewalt mit angemessenen Mitteln entgegenzutreten. Denjenigen, die das nicht begreifen oder die eine schrittweise Schwächung unserer Armee und damit ihre ratenweise Abschaffung einfach in Kauf nehmen wollen, muss am 6. Juni eine überzeugende Antwort erteilt werden.

Pressedienst Nr. 3
4. Mai 1993

SICHERHEITSPOLITIK IM WERTEWANDEL

*Von Dr. Karl W. Haltiner
Dozent an der Militärischen Führungsschule an der ETH Zürich*

Aufgrund langjähriger Beschäftigung mit eigenen und fremden Befragungen zu sicherheitspolitischen Einstellungen, insbesondere zum Verhältnis Gesellschaft-Armee, erstaunt es nicht, dass die Armee in letzter Zeit immer wieder in Frage gestellt wurde.

Neuer Stellenwert des Militärs

Im Zuge eines Wertewandels - der nicht nur in der Schweiz, sondern in allen Industrienationen zu beobachten ist - hat sich in den siebziger und achtziger Jahren die Identifikation mit den Wehreinrichtungen und speziell mit der Armee verändert. War die Armee früher ein Identitätsfaktor und eine Art Schule der Nation, wird sie heute nurmehr als eines von verschiedenen Instrumenten der Sicherheitspolitik gesehen. Der Prestigewert des Militärs im persönlichen Bereich und im gesellschaftlichen Leben hat abgenommen. Immer stärker prägen persönliche Nutzenerwägungen und nicht patriotische Motive das Engagement für die Armee.

Dieser Prozess der Bewertungsänderung, man könnte ihn als eine Art Säkularisierung bezeichnen, ist keineswegs auf das Militär beschränkt. Auch andere Bereiche wie Kirche, Staat, Parteien, Wissenschaft, Technik und weitere mehr unterliegen diesem Trend. Das Ende des kalten Krieges und die Aktivitäten der "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)" haben die Neubewertung des militärischen Elementes in der modernen schweizerischen Gesellschaft nicht ausgelöst, sondern lediglich akzentuiert.

Verteidigungsnotwendigkeit: Ja, aber...

Die verschiedensten Befragungen und auch die wehrpolitischen Abstimmungen der letzten paar Jahre haben gezeigt, dass es grundfalsch wäre, den gesellschaftlichen Bedeutungsverlust des Militärischen grundsätzlich als abnehmenden Verteidigungswillen oder als fehlenden Willen zur nationalen Selbstbehauptung zu deuten. Heute werden zivilisatorische, ökologische und ökonomische Bedrohungsformen höher gewichtet als militärische. Militärische Landesverteidigung ist nicht mehr die, sondern bloss eine unter vielen Staatsaufgaben. Trotzdem kann von einer zunehmenden Anti-Militarisierung

keine Rede sein. Die grundsätzliche Zustimmung zur Armee beträgt nach wie vor zwei Drittel, je nach Befragungszeitpunkt auch mehr. Es fällt dabei auf, dass die Akzeptanzrate heute sensibler als früher auf innen- und aussenpolitische Ereignisse sowie auf Veränderungen der Bedrohungswahrnehmung reagiert. Sie wird in der Zukunft noch vermehrt zu kurzfristigen Schwankungen tendieren.

Rund ein Viertel der Bevölkerung bejahen die Armee vorbehaltlos, rund ein Viertel lehnen sie vorbehaltlos ab. Der Rest, rund die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer, bekennt sich grundsätzlich zur Armee, wünscht aber Reformen. Allerdings können die wenigsten der Befragten dieser Gruppe die gewünschten Reformen näher definieren. Es lässt sich nur eine zentrale Aussage treffen: Die Landesverteidigung sollte weniger kosten.

Als Folge des Konsens zur Verteidigungsnotwendigkeit einerseits und des Dissens über die Aufwendungen in der Militärpolitik andererseits ist die Kritikbereitschaft gegenüber Armeeanliegen gewachsen. Der politische Rechtfertigungsbedarf für Rüstungsausgaben hat im Vergleich zu früher erheblich zugenommen.

Kritischere Einschätzung der weltpolitischen Lage

Hatte der Fall des eisernen Vorhanges und damit das Ende der Ost-West-Konfrontation Hoffnungen für eine friedlichere Welt geweckt, brachten die neunziger Jahre sicherheitspolitisch eine gewisse Ernüchterung. Der Golfkrieg, das Aufflammen von ethnischen und nationalistischen Konflikten, allen voran der andauernde, äusserst brutale Krieg in Jugoslawien, aber auch die Konflikte in der ehemaligen UdSSR oder im Nahen Osten, haben die Friedenseuphorie in der Bevölkerung erheblich gedämpft. Zudem hat der europäische Integrationsprozess sichtlich an Schwung verloren. Im Vergleich zu 1990 und 1991 wird die weltpolitische Entwicklung heute deutlich düsterer eingeschätzt. In dieser Sicht dürfte sich auch die allgemein pessimistischer gewordene Grundstimmung widerspiegeln, die sicherheitspolitische, politische und ökonomische Aspekte gleichermaßen umfasst.

Schlecht informiert

Jede zweite Schweizerin und jeder zweite Schweizer erklären, sicherheitspolitisch genügend im Bild zu sein. Diese Aussagen decken sich jedoch keinesfalls mit dem wirklichen Wissenstand. Wiederholte Befragungen haben zum Beispiel gezeigt, dass im allgemeinen das Ausmass der Verteidigungsausgaben gemessen am Bundeshaushalt deutlich überschätzt wird.

Dasselbe Bild zeigt sich auch inbezug auf die militärpolitischen Abstimmungsvorlagen vom 6. Juni:

- Von der Flugzeug-Initiative weiss man primär, dass sie die Beschaffung des F/A-18 verhindern soll. Nur wenigen Befragten ist das generelle Beschaffungsverbot bis zum Jahr 2000 bekannt.
- Die Herkunft der Initiative (Initianten: "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)") ist nur etwa drei von zehn Befragten bekannt.
- Bloss etwa ein Drittel der Befragten vermag die Flugzeugbeschaffungskosten abzuschätzen. Es besteht die deutliche Neigung, die finanziellen Aufwendungen zu überschätzen. Gleichzeitig wird die Zahl der zu beschaffenden Flugzeuge im allgemeinen unterschätzt.
- Es ist praktisch unbekannt, dass die Mittel zur Flugzeugbeschaffung aus dem ordentlichen EMD-Budget stammen und demgemäss auch bei einer Annahme der Initiative nicht ausserhalb des EMD eingesetzt werden könnten.
- Von der Waffenplatz-Initiative ist vor allem der Begrenzungsaspekt bekannt. Wenige verweisen auf die Erschwerungen bei der Erneuerung von Ausbildungsanlagen.

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 3
4. Mai 1993

Zur Anti-Waffenplatzinitiative:

Ein faktisches Bauverbot für die Armee?

von FDP-Grossrat Dr. Daniel Heller, Aarau

Am 6. Juni kommt die Anti-Waffenplatz-Initiative aus Armeegegnerkreisen zur Abstimmung. Dieses Volksbegehren segelt unter dem verlogenen Titel "40 Waffenplätze sind genug - Umweltschutz auch beim Militär". Bundesrat Villiger hat die Initiative zu Recht als "Mogelpackung" qualifiziert. Ihre eigentlichen Anliegen sind weder die Verhinderung eines 41. Waffenplatzes, noch mehr Umweltschutz beim Militär. Die Forderungen der Initiative richten sich vielmehr gegen die Armee selber und gegen das Bauprojekt in Neuchlen-Anschwilen. Die Waffenplatz-Initiative führt im Falle ihrer Annahme zu einem faktischen Bauverbot für die Armee.

Im Umfeld der Auseinandersetzung um Neuchlen-Anschwilen haben Armeegegner im Dezember 1990 eine Initiative unter dem Titel "40 Waffenplätze sind genug - Umweltschutz auch beim Militär" zustande gebracht. In Neuchlen-Anschwilen ist der Ersatz für die seinerzeit der Autobahn geopfert Teile des Waffenplatzes Herisau-St. Gallen (heute Herisau-Gossau) im Bau. Der Stimmbürger sieht sich einmal mehr mit einem Volksbegehren konfrontiert, dessen Titel zumindest als irreführend bezeichnet werden muss. Im vorliegenden Falle soll suggeriert werden, dass der Bund mehr als die bestehenden 40 Waffenplätze plane. Das stimmt eindeutig nicht: nach neuesten Planungen will die Armee in Zukunft mit 39 Waffenplätzen auskommen, das heisst, einer der 40 Waffenplätze wird aufgehoben werden.

Die Anti-Waffenplatz-Initiative und ihr Inhalt gingen bisher neben der Auseinandersetzung um die Initiative gegen neue Kampfflugzeuge etwas unter. Zu Unrecht - eine Annahme dieses Volksbegehrens könnte sich für unsere Armee als trojanisches Pferd entpuppen. Das wird klar, wenn man die Forderungen der Initiative und ihre Folgen etwas ausleuchtet:

Verunmöglichung militärischer Bautätigkeit

Die Initiative verlangt bezüglich Bau und Betrieb von militärischen Anlagen eine Gleichstellung mit zivilen Bauten. Damit würde die Errichtung militärischer Anlagen dem kantonalen und kommunalen Planungs- und Baupolizeirecht sowie den entsprechenden Bewilligungsverfahren unterstellt. Komplizierte und langwierige Baugesuchs- und Baubewilligungsverfahren mit Einsprachemöglichkeiten und jahrelangen Verzögerungen wären die Folge. **Es ist absehbar, dass damit die militärische Bautätigkeit zunehmend erschwert und schliesslich verunmöglicht würde.** Der Leidtragende wäre der Soldat, der unter untragbaren Verhältnissen seinen Militärdienst leisten müsste.

Behinderung moderner Ausbildung

Moral, Ausrüstung und Ausbildung sind die drei Säulen der Wehrkraft. Die Initiative verbietet die Neuerrichtung und Erweiterung von Uebungs-, Schiess-, Waffen- und Flugplätzen. Damit verhindert sie auch den Ersatz und die Anpassung von veralteten und ausgedienten Anlagen. Zum Beispiel wäre eine Verlegung der Zürcher Kaserne ins Reppischtal - eine von allen Seiten begrüßte sinnvolle Lösung - nach Annahme der Initiative nicht mehr möglich. Für eine zeitgemässe und effiziente Ausbildung dringend nötige Ausbauprojekte und Sanierungsvorhaben könnten nicht mehr realisiert werden. Auch die Umstellung von Uebungsplätzen im Gelände auf mehr Simulationsanlagen - eine erklärte Absicht der Armee für die künftige Ausbildung - wäre verunmöglicht. **Die Armee könnte infolge untragbarer Ausbildungsbedingungen nicht mehr auftragsgerecht ausgebildet werden.**

Neuchlen-Anschwilen wieder abbrechen

Mit dem Projekt Neuchlen-Anschwilen will der Bund den aufgehobenen Teil des Waffenplatzes Herisau-Gossau ersetzen. Erste Arbeiten dazu sind ausgeführt. Die Initiative will Neuchlen-Anschwilen mit einer Rückwirkungsklausel verhindern. **Ihre Annahme würde bedeuten, dass der von den Eidgenössischen Räten 1989 mit deutlichen Mehrheiten gutgeheissene Ausbau in Neuchlen-Anschwilen wieder abgebrochen werden müsste.**

Umweltschutz gilt auch ohne Initiative für das Militär

Der Bund hat sich selber an die von ihm erlassenen Vorschriften in Sachen Natur-, Heimat- und Umweltschutz zu halten. Das gilt auch für das Militär. Für Neuchlen-Anschwilen wurden **zwei Umweltverträglichkeitsprüfungen** gemacht. Im Sinne einer Reduktion der Belastung von Umwelt und Bevölkerung möchte die Armee auch die WK-Truppen vermehrt auf Waffenplätzen üben lassen. Dazu müssen diese mit modernen Anlagen (wie Simulatoren und anderen baulichen Ausbildungshilfen) ausgerüstet

werden. Genau dies würde die Initiative verhindern. Es ist überdies längst eine Binsenwahrheit, dass gerade auf den wenig intensiv genutzten Waffenplätzen sonst verschwundene Tier- und Pflanzenarten überleben können. Die Devise "Umweltschutz auch beim Militär" soll Stimmung machen und ist verlogen. **Die Initiative trägt eher dazu bei, der Armee die Rücksichtnahme auf die Natur zu verunmöglichen.**

Missbrauch der Volksrechte

In unserer Demokratie sind Verantwortung und Kompetenzen zwischen Volk, Parlament und Regierung aufgeteilt. Die Budgethoheit und damit auch die Bewilligung von Bauten und Ausrüstung für die Armee haben wird dem Parlament übertragen. Das Volk hat 1987 ein Mitspracherecht in diesen Fragen in einer Volksabstimmung (Rüstungsreferendum) deutlich abgelehnt. Die Armeegeegner versuchen mit Rückwirkungsklauseln diesen Entscheid zu umgehen. Auch die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative der GSoA will rückwirkend den vom Parlament beschlossenen Flugzeugkauf wieder rückgängig machen. **Das stellt einen staatspolitisch untragbaren Missbrauch des Volksrechts der Initiative dar. Die Anti-Waffenplatz-Initiative als Bestandteil einer Armeeabschaffungs-Kampagne in Raten ist aus diesen Gründen klar zu verwerfen.**

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 3
4. Mai 1993

Hat da einer tatsächlich "Raketen" gesagt?

Im Abstimmungskampf vom 6. Juni schienen die Fronten gesetzt: Die Befürworter der beiden Initiativen verfolgen als klare Zielsetzung die Abschaffung der Armee in Raten, die Gegner widersetzen sich dieser Zielsetzung mit derselben Eindeutigkeit und wehren sich gegen eine Schweiz ohne Schutz. Nun aber gibt es noch eine dritte Haltung: Ein sogenannt überparteiliches, rot-grünes Komitee sagt "Ja zur Armee" und gleichzeitig "Ja zu einer Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge".

Mit der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) will das Komitee angeblich nichts zu tun haben. Man ist für eine kohärente Sicherheitspolitik, die allen Bedrohungen Rechnung trägt. Da aber im Moment für unser Land weit und breit kein Feind auszumachen sei, könne - die leeren Bundeskassen vor Augen - ruhig auf die Beschaffung der F/A-18 verzichtet werden. Für den fehlenden Schutz des Luftraumes hat das Komitee die Alternative parat: "Raketen" heisst das Lösungswort (die leere Bundeskasse lässt grüssen)!

Unglaublich

Abzuklären wäre da einmal, zu welcher Armee das Komitee denn ja sagt. Erklärtes Ziel der SP ist - dies zur Erinnerung - die Rüstungsausgaben zu halbieren. Im Klartext: Halbierung des Rüstungsbudgets bedeutet für die Schweiz eine Reduktion der Bestände auf eine "Mini-Armee" im Stile von Partisanentruppen, die eben jetzt in Bosnien keinen Schutz gegen die serbische Armee bieten. Auf eine Flugzeugbeschaffung und damit auf einen wirksamen Luftschirm will man ganz verzichten; sie komme zur "falschen Zeit". Die Beteuerung des rot-grünen Komitees, man sei trotzdem für die Landesverteidigung, ist absurd.

Wer will ein Haus ohne Dach . . .

Mit der Frage "F/A-18 ja oder nein?" entscheidet man sich nicht für oder gegen ein Flugzeug, man entscheidet sich für oder gegen ein ganzes Konzept. Ein Hauptpfeiler des Konzeptes "Armee 95" ist die erhöhte Beweglichkeit der Truppen. Die Flugzeugbeschaffung ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Konzeptes, ist doch ein wirksamer Luftschirm die entscheidende Voraussetzung für einer erhöhte Mobilität. Die einzig

mögliche Frage ist, will man das ganze Haus oder will man es nicht. Sinnlos ist das Bestreben, sich für ein Haus ohne Dach einzusetzen.

. . . und dafür Raketen?

Es wäre das Komitee aber falsch verstanden, würde man ihm die Erkenntnis, dass jedes Haus ein Dach braucht, absprechen. Eine Luftraumsicherung wird zweifellos benötigt, so wird eingeräumt. Als zukunftssträchtige Lösung wird eine moderne elektronische Luftraumüberwachung sowie eine bodengestützte Luftabwehr vorgeschlagen.

Aber Raketen sind teuer. Raketenbasen sind stationär und nicht beweglich. Sie genügen den Bedürfnissen einer mobilen Armee bei weitem nicht. Um einen wirksamen Luftschirm bilden zu können, wäre eine grosse Anzahl von Basen erforderlich. Das "goldene" Dach würde bald durch eines aus "Platin" ersetzt; die Kosten würden diejenigen des F/A-18 bei weitem übersteigen.

Zu glauben, dass es den Mitgliedern des Komitees mit diesem Vorschlag tatsächlich ernst ist, fällt schwer. Man will eine Armee, aber nicht die "Armee 95"; man will eine Schweiz mit Dach, aber nicht ein Dach mit Flugzeugen, sondern mit Raketen. Für die Flugzeuge ist jeder Franken zuviel, für Raketen wären Milliarden gut genug.

Myrta Welti, Spiegel bei Bern

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 3
4. Mai 1993

Beschaffung ausländischer Rüstungsgüter - auch für Schweizer Wirtschaft interessant

Friede braucht Schutz. Deshalb unterhält unser Land eine Armee für eine glaubhafte Landesverteidigung. Die Ausrüstung dieser Armee ist teuer. Trotzdem können Rüstungsgeschäfte heute so abgewickelt werden, dass sie einerseits die Ansprüche der Armee erfüllen, andererseits aus wirtschaftlicher Sicht verantwortungsvoll und mit bestmöglichem Nutzen für unser Land sind.

Im Vorfeld verschiedener grosser Beschaffungen von Armeematerial ist aus armeefeindlichen Kreisen das Argument laut geworden, das Geld würde besser für zivile Arbeitsplätze ausgegeben als für Rüstungsgeschäfte. Damit könnten zukunftssträchtigere Arbeitsplätze geschaffen werden, die erst noch billiger wären.

Auch in der Diskussion um die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges sind solche Argumente laut geworden. Sie beziehen sich auf die direkten und indirekten Gegengeschäfte der Schweizer Industrie, die im Laufe der Kaufverhandlungen mit den amerikanischen Partnern vereinbart worden sind. Solche Vereinbarungen entsprechen der Usanz schweizerischer Rüstungsgüterbeschaffungen und wurden in der Vergangenheit mehrmals erfolgreich eingesetzt. So etwa beim Kauf der Tiger-Kampfflugzeuge oder der Leopard-Panzer.

Grundzüge des Verhältnisses Rüstungspolitik-Industrie

Die Beteiligung der Schweizer Industrie stellt auch beim Kauf ausländischer Rüstungsprodukte ein prioritäres Ziel dar. Viele hochkomplexe Systeme wie ein Kampfflugzeug oder ein Kampfpanzer müssen heute zwangsläufig im Ausland gekauft werden. Unsere Industrie ist alleine nicht mehr in der Lage, solch komplexe Systeme in Kleinserien zu konkurrenzfähigen Preisen zu bauen. Trotzdem ist unsere Armee immer mehr auf derart hochstehende Rüstungstechnik angewiesen.

Der Bundesrat hat die Auswahl und den Kauf ausländischer Rüstungsgüter für die Schweizer Armee in seinen "Richtlinien zur Rüstungspolitik" vom 14. März 1983 festgelegt. Das Ziel wird folgendermassen definiert: Die Ermöglichung von Know-How-Transfer im High-Tech-Bereich und Erhaltung der bestehenden Arbeitsplätze in der eigenen Industrie.

Zwei Modelle: direkte und indirekte Beteiligung

Es wird unterschieden zwischen direkten und indirekten Beteiligungen. Unter direkter Beteiligung versteht man Voll- oder Teillizenzfertigungen, Unterlieferantenverhältnisse, Joint ventures und andere Kooperationsformen. Die direkte Beteiligung ist in der Regel mit Mehrkosten verbunden und kann auch Auswirkungen auf den Zeitplan der Beschaffung haben. Deshalb muss eine direkte Beteiligung genau geprüft werden. Einer der Hauptaspekte dabei ist die Möglichkeit eines Technologiegewinns für die Schweizer Industrie.

Die indirekte Beteiligung (auch Kompensation, Gegengeschäft oder Offset genannt) kommt dort zum Zug, wo eine direkte Beteiligung nicht möglich oder nicht sinnvoll ist. Sie kann zudem in einem bestimmten Projekt die vorgesehene, direkte Fertigungsbeteiligung wirkungsvoll ergänzen. Durch die indirekte Beteiligung wird der ausländische Hersteller eines zur Beschaffung beantragten Rüstungsgutes verpflichtet, der Schweizer Industrie Aufträge aus seinem Einflussbereich zu erteilen oder ihr Zugang zu solchen Aufträgen zu verschaffen.

Die vom EMD verlangte indirekte Beteiligung ist mit den im internationalen Handel üblichen Kompensationsvereinbarungen (Bartergeschäfte) nicht vergleichbar. Für die indirekte Beteiligung sind folgende Kriterien massgebend:

- Die indirekte Beteiligung soll der einheimischen Industrie Exportmärkte erschliessen oder ihre Stellung auf solchen Märkten festigen helfen.
- Die Wettbewerbsfähigkeit des einheimischen Produktes wird vorausgesetzt.
- Die interessierte einheimische Industrie muss gewillt sein, einen eigenen, aktiven Beitrag für das Zustandekommen eines indirekten Beteiligungsauftrages zu leisten.

Anerkennungskriterien

Für die Anerkennung einer indirekten Beteiligung gelten folgende Grundsätze:

- Anrechenbare Aufträge:
Aufträge an Industrieunternehmungen stehen im Vordergrund. In Frage kommen auch Technologie-Transfers und Kooperationen mit Hochschulen. Von der Anerkennung ausgeschlossen sind gewisse Dienstleistungsaufträge unter anderem im Banken- und Versicherungswesen.
- Anstrengungen aufgrund des Abkommens:
Die indirekte Beteiligungsverpflichtung des ausländischen Herstellers eines Rüstungsgutes verschafft dem einzelnen Schweizer Unternehmen keinen direkten

Anspruch, einen Auftrag zugesprochen zu erhalten. Die ausländischen Partner haben indessen in jedem Fall den Nachweis zu erbringen, dass das Gegengeschäft aufgrund von Anstrengungen unter dem Beteiligungsabkommen zustande gekommen ist.

- Konkurrenzfähigkeit:

Die Konkurrenzfähigkeit des Schweizer Angebotes bezüglich Qualität, Liefertermin und Preis wird vorausgesetzt.

- Kontrolle:

Zur indirekten Beteiligung verpflichtete ausländische Firmen haben über jedes Geschäft eine schriftliche Bestätigung des schweizerischen Auftragnehmers vorzulegen, dass der Auftrag tatsächlich erteilt wurde und den vorstehend genannten Kriterien entspricht. Die Kontrolle wird gemeinsam von der Gruppe für Rüstungsdienste (GRD) im EMD und Vertretern des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM) wahrgenommen.

Bisherige Erfahrungen sind gut

Das erste grosse Kompensationsgeschäft, welches das EMD und die Schweizer Industrie systematisch geplant und durchgezogen haben, war der Kauf der Tiger-Kampfflugzeuge in zwei Serien. Damals wurde mit dem amerikanischen Verteidigungsdepartement ausgehandelt, dass sich Schweizer Anbieter innerhalb einer gewissen Zeit um Aufträge des US-Verteidigungsdepartementes zu den gleichen Bedingungen wie US-Firmen bewerben konnten. Allein im Rahmen der zweiten Beschaffungsserie konnten über 200 Schweizer Firmen aus allen Landesteilen Gegengeschäfte in der Höhe von 272 Millionen Dollar abschliessen. Aus der ersten Beschaffungswelle resultierten Gegengeschäfte im Wert von 209 Millionen Dollar. Bei einem damals wesentlich höheren Dollarkurs als heute wurde also das Ziel, Gegengeschäfte mindestens im Wert von 50 Prozent der Beschaffungskosten zu tätigen, weit überschritten. Leider wurden die Zahlen damals nicht detailliert ausgewertet.

Zum Beispiel der Leo II

Diesen Mangel hat man bei einem zweiten Gegengeschäft der jüngeren Vergangenheit wettgemacht. Auch bei der Beschaffung des Kampfpanzers Leopard II wurden die drei Hauptlieferanten dazu verpflichtet, Gegengeschäfte in der Höhe von mindestens 930 Millionen Franken abzuschliessen. Mit einem Gesamtwert von 937 Millionen Franken konnte dieses Ziel sogar leicht überschritten werden. Insgesamt wurden 6461 Aufträge erteilt. Davon waren 640 neue Geschäftsverbindungen, in 2276 Fällen wurden bestehende Vereinbarungen über den "courant normal" hinaus ausgebaut und in 3545 Fällen erhielten Schweizer Firmen im Rahmen internationaler Ausschreibungen den

Zuschlag. 765 Millionen Franken flossen in die Deutschschweiz, 153 Millionen in die Romandie und 19 Millionen in den Kanton Tessin.

Am stärksten profitierte die Maschinenindustrie mit einem Volumen von 498 Millionen Franken, gefolgt von der Metallindustrie mit 180 Millionen und der elektronischen, bzw. elektrotechnischen Industrie mit 147 Millionen Franken. Die Kunststoff- und Kautschuk-Bauteile-Fabrikanten schnitten sich 51 Millionen vom Kuchen ab, die optische Industrie 17 Millionen. Auf 12 Millionen brachte es die Fahrzeugbau-/Waggonbauindustrie, die Uhrenindustrie auf 3 Millionen und die Chemie auf 1 Million. 28 Millionen gingen an verschiedene andere Branchen.

Kompensationsgeschäfte zum F/A-18-Kauf: ein dicker Brocken!

Als dicker Brocken in wirtschaftlich schwierigen Zeiten könnte der vorgesehene und politisch umstrittene Kauf von 34 Kampfflugzeugen des Typs F/A-18 werden. Es ist vorgesehen, dass sich die Schweizer Industrie mit einem Volumen von rund 310 Millionen Franken direkt an der Herstellung beteiligt. Das Volumen der indirekten Beteiligung soll 2 Milliarden Franken übersteigen und vielen Schweizer Firmen die Türe in technologisch zukunftssträchtige Bereiche und Märkte öffnen. Damit könnten rund 20'000 Mannjahre Arbeit acquirit werden.

Die beteiligten US-Firmen haben auf eigenes Risiko mit dem Abschluss von Gegengeschäften begonnen. Sie wollen damit die Ernsthaftigkeit der von ihnen übernommenen Verpflichtungen unter Beweis stellen. Diese Tätigkeiten erfolgen ohne irgendwelche Verpflichtungen im Hinblick auf den Volksentscheid zur GSoA-Initiative, wird bei einem Ja aber sicher aufhören.

Auf dieser Grundlage konnten bis heute bereits Gegengeschäfte im Betrag von insgesamt 465 Millionen Franken - bei einem Umrechnungskurs von Fr. 1.50/\$ - mit rund 150 Schweizer Firmen anerkannt werden.

Matthias Stadelmann

Anhang 1

Regional gestreut

Die 100 grössten, bereits getätigten Gegengeschäfte im Rahmen des F/A-18-Kaufs teilen sich wie folgt unter die Kantone auf:

ZH:	462 467 000	Franken
SH:	84 053 000	Franken
SO:	79 684 000	Franken
GE:	38 162 000	Franken
BE:	79 031 000	Franken
TG:	50 708 000	Franken
SG:	27 680 000	Franken
NE:	33 645 000	Franken
NW:	10 627 000	Franken
AG:	54 177 000	Franken
ZG:	8 293 000	Franken
TI:	13 958 000	Franken
BL:	13 449 000	Franken
BS:	1 532 000	Franken
VD:	11 031 000	Franken
JU:	5 503 000	Franken
VS:	2 562 000	Franken

Anhang 2

Wer profitiert von den Kompensationsgeschäften?

Die Liste der Schweizer Firmen, die von Gegengeschäften aus dem geplanten Flugzeugkauf profitieren, ist lang. Es sind Firmen aus allen Landesteilen beteiligt. Insbesondere profitieren die folgenden Branchen:

- Maschinenindustrie / Metallwaren
- Textil- und Bekleidungsfabriken
- Schuhproduktion und Lederverarbeitung
- Elektronik
- Telekommunikation
- Optik
- Batterien / Akkumulatoren
- Fahrzeugfabrikation
- Kabelherstellung
- AC-Schutzmaterial
- Verpackungs- und Kunststoffindustrie

Zudem werden auch Kompensationsaufträge an Firmen aus den Dienstleistungsbereichen Service, Spedition und Transport vergeben.

"Schweizerisches Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993"

Presseausschuss
Postfach 5664
3001 Bern
Tel. 031 44 58 94
Fax 031 44 03 30

Pressedienst Nr. 3
4. Mai 1993

Inhaltsverzeichnis

Im Rahmen des Pressedienstes des Schweizerischen Aktionskomitees "Gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993" haben Sie bisher die nachfolgend aufgeführten Beiträge zur freien Verfügung erhalten. Möchten Sie einzelne Artikel oder ganze Pressedienste nachbestellen, können Sie dies ungeniert über Fax-Nummer 031 / 44 03 30 tun.

Pressedienst Nummer 1 vom 23. März 1993

- Gründungscommuniqué des Schweizerischen Aktionskomitees
- Artikel "Deutliche Abfuhr"
von Ständerat Dr. Willy Loretan (FDP/AG)
- Artikel "Armeeabschaffung in Raten"
von Ständerat Oswald Ziegler (CVP/UR)
- Artikel "Das Kleingedruckte lesen"
von Anton Stadelmann, Bern
- Artikel "Konsequenzen tragen"
von SVP-Presseschef Martin Baltisser, Bern
- Artikel "Mogelpackung"
von Matthias Stadelmann, Bern
- Dokumentation Patronatskomitee
- Bildmaterial

Pressedienst Nummer 2 vom 6. April 1993

- Einladung zur Pressekonferenz vom 19. April
- Artikel "Sicherheitspolitik als Bestandteil der Friedenspolitik"
von Ständerätin Christine Beerli (FDP/BE)
- Artikel "Keine Zweifel am doppelten Nein"
von Ständerat Hans Uhlmann (SVP/TG)
- Artikel "Unsere Sicherheit steht auf dem Spiel"
von Ständerat Hans Jörg Huber (CVP/AG)
- Artikel "Flugzeugbeschaffung aus wirtschaftlicher Sicht"
von Dr. Daniel Heller, FDP-Grossrat (AG)
- Artikel "Ihre Privatversicherung ist ohne staatlichen Schutz nutzlos"
Schweizerisches Aktionskomitee "Gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6.6."
- Dokumentation Kantonale Stützpunkte
- Bildmaterial

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Geschäftsstelle Zürich
Postfach 502
8034 Zürich
Tel. 01 382 22 88
Fax 01 383 82 27

Stand: 30. April 1993

Patronatskomitee

Co-Präsidium

NR	Elisabeth Zölch	(SVP/BE)
SR	Christine Beerli	(FDP/BE)
NR	Otto Hess	(SVP/TG)
NR	Josef Leu	(CVP/LU)
NR	Jean-François Leuba	(LPS/VD)
SR	Gilbert Coutau	(LPS/GE)
SR	Willy Loretan, Dr.	(FDP/AG)
SR	Oswald Ziegler	(CVP/UR)

Mitglieder

Zürich:	Allenspach Heinz, NR, Fällanden	FDP
	Baumberger Peter, Dr., NR, Winterthur	CVP
	Binder Max, NR, Illnau	SVP
	Blocher Christoph, Dr., NR, Meilen	SVP
	Bortoluzzi Toni, NR, Affoltern	SVP
	Cincera Ernst, NR, Zürich	FDP
	Frey Walter, NR, Küsnacht	SVP
	Fritschi Oscar, Dr., NR, Robenhausen	FDP
	Heberlein Trix, NR, Zumikon	FDP
	Hegetschweiler Rolf, NR, Ottenbach	FDP
	Jagmetti Riccardo, Prof. Dr., SR, Zürich	FDP
	Kern Armin, NR, Winterthur	APS
	Maurer Ueli, NR, Wernetshausen	SVP
	Nabholz Lili, Dr., NR, Zollikon	FDP
	Neuenschwander Willi, NR, Oetwil a. d. Limmat	SVP
	Spoerry Vreni, NR, Horgen	FDP
	Vetterli Werner, NR, Uitikon	SVP

Bern:	Aubry Geneviève, NR, Tavannes	FDP
	Bonny Jean-Pierre, NR, Bremgarten	FDP






	Daepf Susanne, NR, Oppligen	SVP
	Hari Fritz, NR, Reichenbach	SVP
	Loeb François, NR, Muri	FDP
	Rychen Albrecht, NR, Lyss	SVP
	Schmied Walter, NR, Moutier	SVP
	Schwab Heinz, NR, Lobsigen	SVP
	Seiler Hanspeter, NR, Ringgenberg	SVP
	Zimmerli Ulrich, Prof. Dr., SR, Gümligen	SVP
	Zwygart Otto, NR, Bolligen	EVP
Luzern:	Aregger Manfred, NR, Hasle	FDP
	Bühler Robert, SR, Luzern	FDP
	Fischer Theo, Dr., NR, Sursee	CVP
	Meier Josi, SR, Luzern	CVP
	Schnider Theodor, NR, Sörenberg	CVP
	Tschuppert Karl, NR, Ettiswil	FDP
Uri:	Danioth Hans, SR, Altdorf	CVP
	Steinegger Franz, NR, Flüelen	FDP
Schwyz:	Bisig Hans, SR, Lachen	FDP
	Bürgi Jakob, NR, Schindellegi	CVP
	Dettling Toni, NR, Schwyz	FDP
	Frick Bruno, SR, Einsiedeln	CVP
Obwalden:	Blatter Ulrich, NR, Engelberg	CVP
	Küchler Niklaus, Dr., SR, Sarnen	CVP
Nidwalden:	Iten Joseph, NR, Hergiswil	CVP
	Schallberger Peter-Josef, SR, Ennetmoos	CVP
Glarus:	Rhyner Kaspar, SR, Elm	FDP
Zug:	Hess Peter, Dr., NR, Zug	CVP
	Iten Andreas, SR, Unterägeri	FDP
	Kündig Markus, SR, Zug	CVP
	Stucky Georg, Dr., NR, Baar	FDP

Fribourg:	Cottier Anton, SR, Fribourg	CVP
	Deiss Joseph Prof. Dr., NR, Barberêche	CVP
	Gobet Alexis, NR, Villariaz	CVP
	Philipona Jean-Nicolas, NR, Vuippens	FDP
	Rohrbasser Bernard, NR, Châtel-St-Denis	SVP
Solothurn:	Büttiker Rolf, SR, Wolfwil	FDP
	Jäggi Paul, NR, Hünikon	CVP
	Scheidegger Urs, Dr., NR, Solothurn	FDP
	Simmen Rosemarie, SR, Solothurn	CVP
	Wanner Christian, NR, Messen	FDP
Basel-Stadt:	Eymann Christoph, Dr., NR, Basel	LPS
	Wick Hugo, Dr., NR, Basel	CVP
	Wyss Paul, Dr., NR, Basel	FDP
Basel-Land:	Gysin Hans Rudolf, NR, Pratteln	FDP
	Miesch Christian, NR, Titterten	FDP
	Nebiker Hans-Rudolf, NR, Diegten	SVP
	Rhinow René, Prof. Dr., NR, Seltisberg	FDP
Schaffhausen:	Bührer Gerold, NR, Thayngen	FDP
	Schüle Kurt, SR, Schaffhausen	FDP
	Seiler Bernhard, SR, Thayngen	SVP
Appenzell AR:	Früh Hans-Rudolf, NR, Bühler	FDP
	Schoch Otto, Dr., SR, Herisau	FDP
Appenzell IR:	Engler Rolf, NR, Appenzell	CVP
	Schmid Carlo, SR, Oberegg	CVP
St. Gallen:	Gemperli Paul, SR, St. Gallen	CVP
	Giger Titus, NR, Murg	FDP
	Kühne Josef, NR, Benken	CVP
	Oehler Edgar, Dr., NR, Balgach	CVP
	Ruckstuhl Hans, NR, Rossrüti	CVP
	Rüesch Ernst, SR, St. Gallen	FDP

	Segmüller Eva, NR, St. Gallen	CVP
	Wittenwiler Milli, NR, Wattwil	FDP
Graubünden:	Bezzola Duri, NR, Scuol	FDP
	Bühler Simeon, NR, Tschappina	SVP
	Cavelty Luregn Mathias, Dr., SR, Chur	CVP
	Columberg Dumeni, Dr., NR, Disentis	CVP
	Gadient Ulrich, Dr., SR, Chur	SVP
Aargau:	Bircher Peter, NR, Wölflinswil	CVP
	Fischer Theo, NR, Hägglingen	SVP
	Fischer Ulrich, NR, Seengen	FDP
	Giezendanner Ulrich, NR, Rothrist	APS
	Huber Hans Jörg, Dr., SR, Zurzach	CVP
	Keller Anton, Dr., NR, Untersiggenthal	CVP
	Mauch Rolf, Dr., NR, Hirschthal	FDP
	Meier Samuel, Dr., NR, Teufenthal	LDU
	Müller Reinhard, NR, Wiliberg	SVP
	Reimann Maximilian, Dr., NR, Gipf-Oberfrick	SVP
	Stamm Luzi, NR, Baden-Dättwil	FDP
Thurgau:	Mühlemann Ernst, NR, Ermatingen	FDP
	Raggenbass Hansueli, Dr., NR, Kesswil	CVP
	Rutishauser Paul, NR, Götighofen	SVP
	Uhlmann Hans, SR, Bonau	SVP
Tessin:	Cavadini Adriano, Dr., Pregassona	FDP
	Cotti Gianfranco, NR, Locarno	CVP
	Pini Massimo, NR, Biasca	FDP
Waadt:	Berger Jean-Pierre, NR, Dompierre	SVP
	Chevallaz Olivier, NR, Lausanne	FDP
	Friderici Charles, NR, Lully	LPS
	Mamie Philippe, NR, Vallorbe	FDP
	Martin Jacques, SR, Gryon	FDP
	Narbel Jean-Marc, NR, Clarens	LPS
	Perey André, NR, Vufflens-le-Château	FDP
	Pidoux Philippe, Dr., NR, Lausanne	FDP

	Reymond Hubert, Dr., SR, Savigny	LPS
	Sandoz Suzette, Prof., NR, Pully	LPS
	Savary Pierre, NR, Payerne	FDP
Wallis:	Bloetzer Peter, SR, Visp	CVP
	Couchepin Pascal, NR, Martigny	FDP
	Darbellay Vital, NR, Martigny	CVP
	Delalay Edouard, SR, St-Léonard	CVP
	Schmidhalter Paul, NR, Brig	CVP
Neuenburg:	Béguin Thierry, SR, St. Blaise	FDP
	Cavadini Jean, SR, Hauterive	LPS
	Frey Claude, NR, Neuchâtel	FDP
	Guinand Jean, Dr., NR, Neuchâtel	LPS
	Scheurer Rémy, NR, Hauterive	LPS
Genf:	Ducret Dominique, NR, Laconnex	CVP
	Eggly Jacques-Simon, NR, Genève	LPS
	Gros Jean-Michel, NR, Satigny	LPS
	Maitre Jean-Philippe, NR, Vérenaz	CVP
	Petitpierre Gilles, Prof. Dr., SR, Genève	FDP
	Poncet Charles, NR, Vandoeuvres	LPS
Jura:	Etique Pierre, NR, Bressaucourt	FDP
	Flückiger Michel, SR, Porrentruy	FDP
	Theubet Gabriel, NR, Porrentruy	CVP

Konflikte • Conflicts • Conflitti Europa 92/93

 **Krieg/Konflikt** • Guerre/Conflit • Guerra/Conflitto
 **Bürgerkrieg** • Guerre civile • Guerra civile
 **Spannung** • Tension • Tensione
 **Brennpunkt** • Point chaud • Punto caldo
 **Terror** • Terreur • Terrorismo

